

Jugendoffizier*innen erklären den Krieg

von Jan Sander

Bildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) forderte vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die Einbindung von Jugendoffizier*innen der Bundeswehr im Schulunterricht. Als „sicherheitspolitische Experten“ seien diese aus der Sicht der Ministerin besonders qualifiziert, die aktuellen Ereignisse im Unterricht aufzuarbeiten. Gleichzeitig solle durch diese Unterstützung deutlich werden, „dass die Bundeswehr besondere Wertschätzung in unserem Land genießt“.

Die Forderung ist wenig überraschend, da Jugendoffizier*innen schon seit Jahren mit eigenen Formaten in Schulklassen unterwegs sind – weniger fatal für eine ausgewogene politische Bildungsarbeit ist sie deshalb aber kaum. In NATO und EU organisiert, ist die Bundeswehr selbst in den Konflikt verwickelt und kann daher keine unabhängigen Perspektiven für den Unterricht beitragen, im Gegenteil: Militarismus, die imperialistische Einflussicherung und das militärische Verständnis von Sicherheit fördern die Eskalation von Konflikten, statt diese zu verhindern.

Bezeichnend ist in Forderungen wie die der Bildungsministerin auch der ausbleibende Verweis auf Angebote aus der Friedensbildung. So wird etwa in einem Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin an alle Schulen auf die politische Bildungsarbeit seitens „vieler Institutionen und freier Träger“ hingewiesen, genannt werden allerdings nur die Angebote der Bundeswehr, inklusive dazugehöriger Kontaktstelle, ohne dabei entsprechende Alternativen aus der Friedensbewegung zu nennen. Hier zeigt sich auch ein besonderes Ungleichgewicht angesichts der Tatsache, dass Jugendoffizier*innen der Bundeswehr hauptberuflich und bestens ausgebildet politische Bildung übernehmen sollen, während hauptsächlich ehrenamtlich aktive Friedensaktivist*innen jeden Cent für friedenspädagogische Perspektiven erkämpfen müssen.

Auch im Kontext des Kriegs in der Ukraine wird deutlich, dass sich dieser Trend fortsetzt. Neue Milliarden-Pakete sollen die Fortführung der Aufrüstungsspirale in den kommenden Jahren garantieren – Geld, das auch in der Bildung fehlen wird. Neben neuen Kampfjets ist angesichts des Mangels an neuen Rekrut*innen zu erwarten, dass sich die von der Bundeswehr seit Jahren vorangetriebene „aggressive Werbe- und Medienkampagne“, wie es der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Ali Al-Dailami, ausdrückt, weiter intensivieren wird. Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage im Bundestag beliefen sich die Kosten für die Nachwuchswerbung allein im Jahr 2020 auf rund 33,6 Mio. Euro. Mit Sprüchen wie „Multiplayer at its best“ sind vor allem Minderjährige die zentrale Zielgruppe der teuren und kriegsverharmlosenden Kampagnen.

Zwar sollen Jugendoffizier*innen explizit nicht für das „Werben um Nachwuchskräfte“ eingesetzt werden, der Einsatz uniformierter Soldat*innen im Schulunterricht vermittelt aber dennoch ein falsches Bild der Normalität des Soldat*innenberufs und steht einer kritischen Auseinandersetzung mit den Themen Krieg und Militär im Weg. Mitten in einer besonderen Phase der Persönlichkeitsbildung sollten Schüler*innen das Recht auf eine differenzierte und unabhängige politische Bildung haben, frei vom Denken des militärischen Kräftemessens und voll von echten Friedensperspektiven und zivilen Konfliktlösungsstrategien. So kann auch der Krieg in der Ukraine nur durch eine militarismuskritische Bildung in vollem Umfang verstanden werden.